

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich, nachmittags 5 Uhr, für den folgenden Tag. Der Preis beträgt 1 Mark, bei Zahlung durch die Post 1,20 Mark, bei Vorbestellung 10 Mark. Einzelnummern 15 Pf. Der Inhalt ist ausschließlich nationalpolitisch. Die Redaktion ist in Dresden, Neumarkt 10. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Abnahme von Anzeigen und für die Abnahme von Werbeflächen verantwortlich. Die Redaktion ist für die Abnahme von Anzeigen und für die Abnahme von Werbeflächen verantwortlich.

Nr. 107 — 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Donnerstag 8. Mai 1924

Wie wird die kommende Regierung. Das deutsch-nationale Regierungsprogramm.

Wahrscheinlich sichtet sich der Schiefer, der über dem Ergebnis der Reichstagswahl liegt, und in diesem Resultat werden wesentliche Änderungen kaum noch erfolgen. Noch ist freilich die Liste der Abgeordneten nicht fertig, ein paar Mandate werden sich durch verspätet eintreffende Wahlmeldungen noch ergeben und die Gesamtzahl wird wohl die des alten Reichstages übertreffen. Doch damit ändert sich das Gesamtbild nur noch in Einzelheiten.

Burzeit interessiert natürlich am meisten, welches die stärkste Partei des neuen Reichstages sein wird, ob die Deutschnationalen oder die Mehrheitssozialisten. Treten die Landbündler — die mit der National-Liberalen Vereinigung zusammen eine Liste hatten — wieder der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion bei, der sie, soweit sie schon früher Abgeordnete waren, auch im alten Reichstag angehört haben, so sind die Deutschnationalen die stärkste Fraktion. Das ist neben anderem auch deswegen nicht unrichtig, weil bekanntlich, parlamentarischen Gebrauch entsprechend, die stärkste Fraktion den Reichstagspräsidenten stellt, ganz unabhängig von der Regierungskonstellation. Nur einmal, 1907, ist von diesem Gebrauch abgewichen worden, als der „Bilowist“ dem Zentrum als der stärksten Partei dies Amt nicht gewährte.

Wiel wichtiger ist aber natürlich, was nun aus der Regierung werden und wie die neue Regierung aussehen soll. Die neue Regierung — denn der Reichstagspräsident Dr. Marx hat bei einem Empfang der ausländischen Presse bereits Mitteilung von der Absicht des derzeitigen Kabinetts gemacht, zu demissionieren. Formell, wie das in der Regel zu geschehen pflegt, tritt dann der Reichspräsident an die stärkste Partei des Reichstages heran mit dem Ersuchen, einen Kandidaten für den Reichstagspräsidentenposten namhaft zu machen. Das geschieht freilich nicht immer, sondern das Gesamtbild der Wahl ist wichtiger als dieses rein formalistische Vorgehen. Nach den letzten englischen Wahlen erging die Aufforderung zur Kabinettsbildung an den Führer der Arbeiterpartei MacDonald, die nicht die Mehrheit, nicht einmal die stärkste Partei des Parlamentes geworden war. Aber der „Rud nach links“ war dort in den Wahlen so stark zum Ausdruck gekommen, daß es auch von der stärksten Partei, den Konservativen, als selbstverständlich betrachtet wurde, dem freigewählten Linksführer die Macht in die Hand zu legen.

Auch bei uns hat 1920 nach den Reichstagswahlen der Reichspräsident sich an den Führer der stärksten Partei, der damaligen Mehrheitssozialisten, gewandt mit der Aufforderung zur Kabinettsbildung, was aber angesichts des damaligen „Rud nach rechts“ von dem sozialistischen Abgeordneten Müller-Franken abgelehnt wurde. Bei den jetzigen Wahlen ist dieser „Rud nach rechts“ noch weit stärker das Charakteristische, und es dürfte daher wohl damit zu rechnen sein, daß an die stärkste Partei, die Deutschnationalen, jene Aufforderung gerichtet wird. Denn trotz des Vordringens der Kommunisten ist der Gesamtsozialismus um 15 % zurückgegangen, während die Deutschnationalen um etwa 40 % zugenommen haben. Rechnerisch mag ja die sog. „Große Koalition“ (Zentrum, Volkspartei, Demokraten, Mehrheitssozialisten) noch eine schwache Mehrheit erhalten, wenn man beide bayerischen Parteien hinzurechnet; aber die neue Fraktion der Mehrheitssozialisten weist auch eine deutliche Radikalisierung auf, daß eine solche Regierungskoalition innerlich vielleicht noch unmöglicher ist, als sie es schon bisher war. Einschalten wollen wir hierbei übrigens, daß das Reichstagswahlergebnis nicht ohne Folgen für die bestehende Regierungskoalition in Preußen sein wird; denn die Deutschnationalen werden angesichts dieses Wahlergebnisses weit stärker die Sprengung der dort bestehenden Großen Koalition verlangen, als das im Oktober 1923 geschah.

Anderer Kombinationen werden mit dem Rechenstift errechnet, so ein Rechtsblock mit und ohne Demokraten, mit und ohne Deutschsozialisten, kurz — der Rechenstift liefert Triumphe. Selbst die Bildung einer weitreichenden Koalition von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialdemokraten wird in einem rechtsstehenden Blatt in den Kreis der Betrachtungen gezogen.

Wird der Reichstag arbeitsfähig sein? Das ist die Hauptfrage, die das deutsche Volk interessiert. Und die auch deswegen die wichtigste ist, weil wir mitten in den schwerwiegendsten Entscheidungen außenpolitischer Natur stehen. Darum haben die Parteien vor allem jetzt unter eins den Schlüssel zu machen; unter den Wahlkampfnamen. Der ist aus und vorbei. Nicht das interessiert, was vor dem 1. Mai geschah, sondern nur die Gegenwart und die Zukunft: die Auseinandersetzung mit der Entente, mit dem Sachverständigen-Gutachten, dem Verhältnis zu Frankreich.

Für eine Verständigung, die dem Lebenswillen des deutschen Volkes gerecht wird.

Berlin, 7. Mai. Erzellenz Herzog äußerte sich in einer Unterredung mit dem Chefredakteur des Berliner Lokalanzeigers Johannes W. Harnisch über den Wahlausfall und die Regierungstragen der Deutschnationalen. Über die Stellung der Deutschnationalen Volkspartei zu den Sachverständigen-Gutachten sagte er unter anderem: Man scheint in den objektiven Kreisen des Auslandes zu hoffen und man hat ein Recht darauf, daß unter einflussreichem Einfluß der Deutschnationalen eine deutsche Außenpolitik getrieben werden wird, die den Lebensnotwendigkeiten und dem Lebenswillen des deutschen Volkes Rechnung trägt, aber andererseits geeignet ist, eine befriedigende Lösung der politischen Gesamtfragen auf dem Wege schrittweiser Verständigung herbeizuführen. Wir sehen dem Sachverständigen-Gutachten und der Aufforderung zu Zahlungen nicht von vornherein ein rundes Unannehmbar entgegen, wohl aber Vorbehalte, die ganz unannehmbar sind. Wir gehen davon aus, daß es unmöglich ist und daher auch von den Gutachtern gar nicht beabsichtigt sein kann, für die Verhandlungen zwischen den beteiligten Staaten die politischen von den wirtschaftlichen Fragen zu trennen, sind diese doch einfach untrennbar miteinander verbunden, greifen sie doch lausenfach ineinander. Solange von Deutschland wirtschaftliche Konzessionen, über deren Ausmaß verhandelt werden muß, erwartet werden, sind diese doch ganz unmöglich, solange nicht die großen staatspolitischen Hauptfragen einmündlich geklärt sind, jene Hauptfragen, von denen die weitere Existenz Deutschlands als Nation und als Staat abhängt. Weiter, was ich vielleicht an erster Stelle hätte nennen sollen: Dem Staate können wirtschaftliche Lasten in größerem Ausmaß nicht zugemutet werden, bevor die häufig genannten Ehrenpunkte nicht geklärt sind, und dann auf keinen Fall wird sich je eine deutsch-national beeinflusste Regierung dazu hergeben, Verpflichtungen mit ihrer Unterschrift zu beden, von deren Unerfüllbarkeit sie nach pflichtmäßiger Prüfung überzeugt ist. Damit spreche ich ja nur eine Selbstverständlichkeit aus. Das Ausland wird die Gewißheit haben, daß, wenn jetzt Vereinbarungen unter deutsch-nationaler Mitarbeit zustandekommen, das Versprechen auch gehalten werden wird, damit sichere Grundlagen für das Nebeneinanderleben der Staaten gegeben sind und nicht immer wieder neue Konfliktstoffe entstehen können.

Die Deutschnationalen als stärkste Fraktion des neuen Reichstages.

Berlin, 7. Mai. Außer den Mandaten des Landbundes sind bereits mit Dr. Marxli neun Mandate der deutsch-nationalen Fraktion hinzuzurechnen, was auch seitens der deutsch-nationalen Parteileitung bereits an zuständiger Stelle erklärt worden ist. So daß damit die Deutschnationalen und nicht die Sozialdemokraten die stärkste Fraktion des neuen Reichstages darstellen.

Einberufung des Reichstages.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.) Berlin, 7. Mai. Wie die Germania erfährt, wird der Reichstag zum 22. Mai einberufen werden.

Poincare zu den deutschen Wahlen.

Paris, 7. Mai. Auf einem Bankett der Handelskammer sagte Poincare unter anderem: Die französische Regierung habe wiederholt erklärt, daß Frankreich sich gern und durchaus spontan die Entschließung der Sachverständigen, wie sie die Reparationskommission sich zu eigen gemacht habe, annehme, und daß sie die deutsche Wirtschaftseinheit wiederherstellen würde, sobald Deutschland das von der Reparationskommission aufgestellte Programm zur Ausführung gebracht habe. Aber man wisse vorläufig weder, wann noch wie oder ob Deutschland überhaupt dieses Programm ausführen werde. Weder die in den letzten

Wochen von Deutschland gemachten Versuche, ihn, Poincare, über Deutschlands wahre Absichten zu täuschen und die Verantwortung für den weiteren Erfolg der Sachverständigen-Gutachten auf Frankreich abzuwälzen, noch das Ergebnis der Reichstagswahlen seien dazu angetan, Frankreich größeres Vertrauen einzufößen. Die französische Regierung sei also gezwungen, bei der Politik der Wachsamkeit und der Festigkeit zu verharren und nach wie vor entschlossen zu sein, ihre Truppen aus dem Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der Zahlungen zurückzuziehen.

Sturz der Regierung in Mecklenburg.

Schwerin, 7. Mai. In der gestrigen Plenarsitzung des Landtages wurde der Ministerpräsident Freiherr v. Brandenburg von der Deutschsozialistischen Freiheitspartei gestürzt, weil seine Stellungnahme zu dem Sachverständigen-Gutachten nicht der Ansicht der Wähler entspreche. Die Sozialdemokraten schlossen sich dem Mißtrauensantrage an, der mit 36 gegen 27 Stimmen angenommen wurde. Das Staatsministerium erklärte sich mit dem Ministerpräsidenten solidarisch und nahm die Abstimmung zu Protokoll.

Eine Kundgebung preussischer Minister für ein einiges Preußen.

Hannover, 7. Mai. Im alten Rathaus zu Hannover fand gestern abend eine Kundgebung preussischer Minister für ein ungeteiltes Preußen statt. Nach Ansprachen des preussischen Finanzministers Dr. von Richter und des Ministers für Justiz appellierte Oberpräsident Koske noch einmal an alle Preußen, dafür zu sorgen, daß Preußen einig bleibt um des Reiches willen.

Die Anleihe für Deutschland.

Newport, 7. Mai. Große Newporter Bankfirmen fordern ihre Kundschaft in Schreiben auf, sich zur Teilnahme an der Zeichnung für die deutsche Reparationsanleihe vorzubereiten. Sie äußern dabei, daß wahrscheinlich der größte Teil dieser Anleihe, die im ganzen 800 Millionen Goldmark betragen soll, von Amerika kommen wird. In dem Schreiben wird auch die Meinung ausgedrückt, daß die Lösung der Reparationsfrage wahrscheinlich in kurzer Frist möglich sein wird.

300 000 Bergarbeiter ausgesperrt.

Düsseldorf, 7. Mai. Die Zahl der im Ruhrgebiet ausgesperrten Bergarbeiter wird rund 300 000 geschätzt. Die Ricum hat vorerst die Übernahme weiterer Zechen in eigene Regale, die von einigen kommunistischen Belegschaften vorgeschlagen wurde, abgelehnt. Die Befehlsgewalt überlassen, daß sie strikte Neutralität üben werden.

Der deutsch-russische Konflikt und die Londoner Verhandlungen.

London, 7. Mai. Die hier vorliegenden Meldungen über den deutsch-russischen Konflikt erwecken den Eindruck, als ob die Sowjetregierung alles daransetze, um daraus für die hier stattfindenden Verhandlungen Kapital zu schlagen.

Die Londoner Sowjetdelegation zieht in das russische Botschaftsgebäude.

London, 7. Mai. Das Auswärtige Amt hat den Vertreter der früheren kaiserlich russischen Botschaft aufgefordert, das Botschaftsgebäude für die Sowjetdelegation freizumachen.

Straßenkampf in Buenos Aires.

Newport, 7. Mai. Wie New York Herald mittelt, haben sich gestern in Buenos Aires während vier Stunden heftige Straßenkämpfe zwischen Polizei und Streikenden abgespielt. Auf beiden Seiten sind große Verluste zu verzeichnen. Zu neuen heftigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Streikenden kam es, als die Streikenden den Versuch machten, den Straßenbahnverkehr durch Errichtung von Barrikaden zu unterbinden. Etwa 100 Anarchisten wurden im Laufe der Kämpfe von der Polizei festgenommen.

eingetreten haben, ebenso die Vertreibungen in Hamburg und Leipzig. Die Berliner Kommunisten ließen sich die Gelegenheit nicht entgehen und kündigten bereits Demonstrationen und Versammlungen an den Plakatsäulen an unter der Parole „Hand weg von Sowjetrußland“.

Man hat den Eindruck, als wenn hier wieder einmal die Berge gekreist haben, wo es sich nur um ein winziges Mäuschen handelte. Hoffentlich wird die Affäre recht bald beiaclen.

Messe-Boykott durch Rußland.

Die russische Handelsvertretung in Berlin hat sich veranlaßt gesehen, von der für den 19. Mai in Leipzig festgesetzten Rauchwarenauktion und von der für Anfang Juni gleichfalls in Leipzig vorgesehenen Vorkleiderauktion Abstand zu nehmen. Gleichfalls hat die Handelsvertretung ihre früher beschlossene Teilnahme an der Kölner Messe aufgegeben, wovon das Reichamt bereits in Kenntnis gesetzt wurde. Die für Königsberg in Preußen vorgesehene Niederlassung der Sowjet-Handelsvertretung wird nicht ins Leben gerufen werden. Alle schwebenden Verhandlungen der Handelsvertretung mit deutschen Firmen sind abgebrochen worden.

Der deutsch-russische Zwischenfall.

n. Berlin, 6. Mai. Zu einer fast den Stempel einer großen Affäre tragenden Angelegenheit hat sich der Vorfall in der russischen Handelsvertretung in Berlin ausgewachsen, bei der die Polizei versuchte, einen feinen Transporteur entführen und in das Gebäude der Handelsvertretung in Berlin aeflüchteten Säufkina wieder in die Hände zu be-